

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, formuliert Ansprüche an ein neues Programm der Sozialdemokraten: Fundierte Zuversicht vermitteln. Seite 1

Dr. Carlheinz Moesta MdL, Medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, begründet das Bemühen, bestimmte Kommerzfunk-Projekte juristisch zu stoppen: Gegen die Kabelschlinge vor Gericht. Seite 3

Horst Seefeld MdEP, Vorsitzender des EP-Verkehrsausschusses, kritisiert die europapolitischen Äußerungen des obersten bundesdeutschen Grenzschafters: Kohl muß Ordnung schaffen. Seite 4

### Dokumentation

Der Altbundeskanzler der Republik Österreich, Dr. Bruno Kreisky, hielt vor kurzem ein leidenschaftliches Plädoyer für die Zusammenarbeit in Europa. Wir dokumentieren aus seiner Rede: Die Entspannung nicht begraben. Seite 6

39. Jahrgang / 98

22. Mai 1984

### Fundierte Zuversicht vermitteln

Ansprüche an ein neues Programm der SPD

Von Willy Brandt MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ein neues sozialdemokratisches Programm hat - bei aller Vielfalt der religiös-weltanschaulichen Überzeugungen - die fundierte Zuversicht zu vermitteln, daß die von der gesellschaftlichen und internationalen Entwicklung aufgeworfenen Probleme doch gelöst werden können; daß es gelingen kann, immer wieder etwas mehr Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität für mehr Menschen erfahrbar zu machen. Wir sind nicht dazu da, Probleme zu verniedlichen oder Schwierigkeiten unter den Tisch zu kehren. Von uns wird erwartet, daß wir sagen, was ist; und daß wir Lösungen aufzeigen, die einleuchtend und praktikabel sind. So tun wir es mit unserer Ablehnung falscher Alternativen.

Nach Erfurt - also 1891 - sagte Bebel, eine richtige "Taktik" sei unter Umständen wichtiger für die Partei als ein richtiges Programm. Statt "Taktik" würden wir heute von den jeweils nächsten politischen Schritten sprechen. Das ist nun einmal das typische Geschäft einer Reformpartei; und dem können und wollen wir uns nicht entziehen. Ein Auseinanderklaffen von praktischer Politik und Programm können wir nicht brauchen. Es muß deutlich werden, was es zu bewahren gibt und was erneuert werden muß.

Und ein gutes Programm ist für die SPD nur ein solches, an dem viele mitgewirkt haben, in das die Erfahrung vieler - über unsere übliche Parteiarbeit hinaus - eingeflossen ist und für das aller verfügbarer Sachverstand aufgeboten wurde. Ich nenne, stellvertretend für andere mit, den August-Bebel-Kreis, in dem sich in diesen Tagen um Walter Jens, Norbert Greinacher, Horst-Eberhard Richter uns verbundene Freunde, die für das geistige Deutschland stehen, zusammengefunden haben.

### Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Printed in Germany  
with recycled paper  
Recycling-Paper



Es ist heute nicht immer leicht, uns wohlgesonnene Bürger auch zur Mitarbeit in der Partei zu gewinnen; gerade deshalb müssen wir uns neu bemühen, Verstand und Engagement aus den Reihen dieser nicht parteigebundenen Bürger für unsere Arbeit zu gewinnen. Paul Warnkes gibt es auch in Deutschland. Und ich weiß, daß unsere Landesverbände beispielsweise in Rheinland-Pfalz und in Hamburg gute Erfahrungen mit Beiträgen von Nicht-Parteigebundenen auf Parteitagen gemacht haben.

Es liegt auf der Hand, daß auf den großen Feldern der Politik auch in der Programm-arbeit das Schwergewicht zu liegen haben wird. Auf der anderen Seite werden wir die Einzelergebnisse schwerlich zu einem stimmigen Ganzen zusammenfassen können ohne das Vermächtnis der freien Arbeiterbewegung und ohne das, was die ideelle Substanz des demokratischen Sozialismus ausmacht.

Ich bin jedenfalls weit davon entfernt zu glauben, die Arbeiterbewegung habe im großen und ganzen ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt. Sie war angetreten, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Erniedrigung, ohne Not zu schaffen; eine Gesellschaft der Freien und der Gleichen; eine Gesellschaft, in der das gute Leben kein Vorrecht des Standes oder der Klasse mehr sein sollte. Wer Augen hat zu sehen und nicht privilegienbedingt schießt, der sieht, daß dieses Ziel lange nicht erreicht ist: Nicht hier und schon gar nicht in der ganzen weiten Welt der Knechtschaft und des Leidens, die ja etwas weiter ausgreift als unsere Grenzen und die uns ganz und gar nicht gleichgültig sein kann.

Was ist vor diesem Hintergrund mit der These vom Ende oder Niedergang der europäischen und internationalen Sozialdemokratie? Ich stelle in der Sozialistischen Internationale das Gegenteil eines Niedergangs, nämlich - heute zumal in Lateinamerika - starke neue Impulse fest. Natürlich haben wir Probleme auch deshalb, weil wir den neuen Herausforderungen nicht gut genug gewachsen waren. Ein wenig ruhmvolles Ende sage ich allerdings den Propagandisten und Machern der neokonservativen Offensive voraus. Sie haben sich erheblich übernommen, und es wird sich mehr als bisher erweisen, daß sie den Leuten versprochen haben, was sie nicht halten können.

Ohne daß wir uns in die Tasche lügen: Von 23 Staaten in Europa und Nordamerika plus Japan, Australien, Neuseeland - in der Welt des entwickelten Kapitalismus, wenn man so will - haben neun einen sozialdemokratischen Regierungschef. In 18 dieser Länder ist die Rate der gewerkschaftlich Organisierten in den letzten Jahren deutlich nach oben gegangen, was eigentlich immer ein Zeichen dafür war, daß sich die Voraussetzungen sozialdemokratischer Politik verbesserten. In den 70er Jahren ist denn auch in den meisten dieser Länder die Sozialgesetzgebung erheblich ausgebaut worden.

Ich bin überzeugt: Ob diese Welt eine friedliche werden wird, ob auch noch unsere Enkel ihre Luft atmen, ihr Wasser trinken können, ob auf ihr die sinnvolle Arbeit eine Chance hat und der Mensch, der mit ihr sein Leben bestreitet - das wird nicht zuletzt davon abhängen, wieviel der demokratische Sozialismus, wieviel wir Sozialdemokraten von den Wertvorstellungen verwirklichen können, mit denen unsere Bewegung groß geworden ist. Wenn wir uns nicht zu bequem dafür sind, auch noch dazuzulernen, dann wird uns die Programmarbeit gelingen. (-/22.5.1984/ks/rs/jr)

+ + +

(Auszug aus der Parteitagsrede von Willy Brandt)



Rundfunkpolitik der Union vor Gericht

Die Justiz soll Unabhängigkeit und Meinungsvielfalt sichern

Von Dr. Carlheinz Moesta MdL

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Mitglied der Medienkommission des SPD-Parteivorstandes

Seit die Union den medienpolitischen Grundkonsens aufgekündigt hat und dabei ist, in hektischer Eile jene Kabelschlingen auszulegen, mit denen der Bürger fürs Kommerzfernsehen eingefangen werden soll, sind es in sieben von elf Ländern - auch in Rheinland-Pfalz - leider nicht mehr die Gesetzgeber, sondern die Gerichte, denen Unabhängigkeit und Meinungsvielfalt des Rundfunks letztlich anvertraut sind.

Es ist aber gut, daß drei wichtige Komplexe nunmehr rechtlich überprüft werden:

1. Bertelsmann klagt - zunächst auf dem Verwaltungsrechtsweg - gegen die von der Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) beschlossene Aussperrung des Gütersloher Medienkonzerns aus dem von konservativen Großverlegern beherrschten Konsortium für die Nutzung des Satelliten ECS 1. Zur Beantwortung der Frage, ob es schon Meinungsvielfalt ist, wenn man viele gleichgesonnene Veranstalter zusammenspannt, wird der Prozeß wahrscheinlich beitragen. Vielleicht ist als Nebenprodukt sogar die Feststellung denkbar, daß die AKK als Versuchseinrichtung für Ludwigshafen gar nicht befugt war, überhaupt eine solche Entscheidung von nationaler Tragweite zu fällen.
2. In München haben die Humanistische Union und 13 Bürger eine Klage gegen den (mit der Rundfunkgebühr erhobenen) Kabelgroschen erhoben, der auch das rheinland-pfälzische Kabelpilotprojekt finanziert. Die SPD-Fraktion hatte schon bei der Rundfunkgebühren-Debatte im Mainzer Landtag darauf verwiesen, daß der Kabel-Zwangsanschlag rechtlich zweifelhaft sei, weil er auf die mittelbare Subventionierung privater Rundfunkveranstalter aus öffentlich-rechtlichen Gebühren hinauslaufe. Das Verfahren wird klären, ob die für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bestimmte Finanzmasse zwecks Aufzucht privater Konkurrenten aufgestockt werden darf.
3. Die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion hat eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das neue Landesrundfunkgesetz angekündigt, das Unabhängigkeit, Vielfalt und Ausgewogenheit der nunmehr erlaubten Kommerzprogramme ebensowenig gewährleistet wie die Gesetzesvorhaben der CDU in anderen Bundesländern. Die SPD-Fraktion in Mainz wird nicht zögern, einen ähnlichen Weg zu gehen, wenn dies während oder nach der "Versuchsphase" zwingend erforderlich werden sollte.

Es kann Politikern weder gefallen noch egal sein, daß ihre Entscheidungen immer häufiger gerichtlich angefochten werden. Allerdings ist die Wahrung der Unabhängigkeit des Rundfunks eine zu wichtige Sache, als daß man sie CDU und CSU überlassen dürfte.

(-/22.5.1984/ks/rs)

+ + +



### Kohl muß Ordnung schaffen

Der Chef der Grenzschutzdirektion Koblenz verteidigt überflüssige Grenzen

Von Horst Seefeld MdEP  
Vorsitzender des EP-Verkehrsausschusses  
Obmann der SPD-Europaabgeordneten

Ein Herr Horst Eisel ist Direktor der für das gesamte Bundesgebiet zuständigen Grenzschutzdirektion Koblenz und macht sich um die Sicherheit in der Bundesrepublik Sorge. In zahlreichen Zeitungen war jetzt zu lesen, daß an den mehr als 700 bundesdeutschen Grenzübergängen "auch auf dem Weg zum vereinten Europa niemals der Sicherheitswert der Grenzkontrollen unterschätzt werden" darf. Deshalb müsse "zwischen den Sicherheitsinteressen und einer größtmöglichen Freizügigkeit der Bürger" ein Kompromiß gefunden werden. Der Beamte bedauerte, daß "mit Blick auf die bevorstehende Europawahl mit Begriffen gearbeitet werde, die keiner Überprüfung standhalten".

Und er geht noch weiter. Der Behördenchef stellt nämlich fest, daß ein Fortfall der bestehenden nationalen Grenzen auch beim Zustandekommen der "Vereinigten Staaten von Europa" nicht zu erwarten sei. Damit es für jeden klar wird, fügt er - so die Zeitungen - noch hinzu: "Jede Grenze bleibe als optimale polizeitaktische Linie bestehen und behalte ihre lebenswichtige Funktion für die Bürger des jeweiligen Landes."

Diese Behauptungen sind ein unglaublicher Vorgang: Der Bundeskanzler, der Bundesverkehrsminister und andere kompetente Persönlichkeiten der Bonner Regierungskoalition erklären - genau wie wir Sozialdemokraten -, daß die Grenzkontrollen wegfallen müssen und daß die freie Beweglichkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft endlich garantiert werden muß.

Aber Herr Eisel ist großzügig. Er versichert, "dem Wunsch nach unbeschwertem Grenzübergang Rechnung zu tragen". Im "Vereinigten Wirtschaftsdienst Europa" liest sich das so: "Nach seinen Angaben werden deshalb bei den Übergängen



zu EG-Staaten Wartezeiten verkürzt. Im Personalverbund arbeiten hier Bundesgrenzschutz und Zollverwaltung zusammen. Der Grenzschutzbeamte kontrolliert deshalb nicht nur als "Grenzer", sondern auch als Zöllner und umgekehrt".

Hat der Beamte immer noch nicht begriffen, daß es Zölle innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr gibt? Wann werden endlich die Zollschilder und auch die Schilder mit der Aufschrift "Zollgrenzbezirk" abgeschraubt und verschrottet?

Fragen über Fragen. Eigentlich sollte sie sich der volltönende Bundeskanzler vornehmen. Die Verfassung beauftragt ihn, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Dann sollten Beamte des Bundes auch vollziehen, was der Kanzler angeblich will: Nämlich Freizügigkeit an den Grenzen und Abschaffung aller Grenzkontrollen. Herr Kohl muß handeln oder er wird auch in diesem Bereich unglaubwürdig.

Es drängt sich allerdings eine wichtige Frage auf. Herr Eisel untersteht dem Bundesinnenminister Zimmermann und von dem weiß man, daß er sich der Abschaffung der Grenzkontrollen widersetzt. Sollte Herr Eisel also im Auftrag des Bundesinnenministers getönt haben, dann wäre der Skandal um so größer. Dann müßte der Bundeskanzler erst einmal Ordnung in seinem Kabinett schaffen. Ob er das wohl noch schafft? (-/22.5.1984/ks/rs)

+ + +



## DOKUMENTATION

Der Altbundeskanzler der Republik Österreich, Dr. Bruno Kreisky, hielt Anfang März in Genf einen stark beachteten Vortrag, in dem er leidenschaftlich für eine Fortsetzung des Entspannungsprozesses plädierte. Wir dokumentieren aus dem jetzt in der "Europäischen Rundschau" (Wien) veröffentlichten Referat jene Passage, die sich mit der Situation in den osteuropäischen Staaten und deren Bedeutung für die Entwicklung in Europa befaßt.

## "Die Entspannung nicht begraben"

Man darf nie die Verschiedenartigkeit der Länder Osteuropas vergessen. Der Sowjetblock ist eine Tatsache, insbesondere als Militärbündnis, aber er umfaßt sehr unterschiedliche Länder mit unterschiedlicher nationaler Identität, und in unseren Beziehungen mit ihnen sollten wir diese Differenzen nicht übersehen. Die Ungarn sind keine Slawen; die Polen sind keine Panslawisten, während die Bulgaren es sehr wohl sind; die Tschechen wiederum blicken auf eine lange demokratische Tradition zurück. Trotz der Tatsache, daß alle diese Länder militärisch zu diesem Blick gehören, muß man sich dieser subtilen, aber doch tiefen Unterschiede bewußt sein, wenn es darum geht, eine Politik gegenüber "dem Osten" zu führen.

Weiter darf man nicht vergessen, daß es in Osteuropa keine demokratische Tradition gibt. Keines dieser Länder - mit einer einzigen Ausnahme, der Tschechoslowakei - hat im Laufe seiner Geschichte eine echte Demokratie gekannt: Weder Ungarn, noch Bulgarien, noch Polen, das unter dem Regime von Marschall Pilsudski einer militärischen Diktatur unterworfen war, die der gegenwärtigen ziemlich ähnlich war; noch Jugoslawien mit seiner durch die Korruption seiner Politiker "gemilderten" Diktatur; noch Rumänien, diese Tyrannei mit ihren Winkeladvokaten und gefügigen Offizieren. Nur die Tschechoslowakei kann sich unter all diesen Ländern auf eine demokratische Tradition berufen.

Außer ihr ist in allen diesen Ländern die Diktatur, so erstaunlich das klingen mag, nichts Neues. Sie haben keine andere geschichtliche Erinnerung als diese Form des Regimes, die einzige im Osten bekannte, auch wenn die gegenwärtigen Regime sich ideologisch von den vergangenen unterscheiden. Andererseits war Deutschland ebenso wie Österreich seit langem eine Demokratie und konnte nach dem letzten Krieg aus eigener Kraft zur Demokratie zurückkehren. Es fanden sich dort auch demokratische Politiker, die in der Widerstandsbewegung herangewachsen, den Sieg der Demokratie sichern konnten. Willy Brandt und ich selbst sind in der Demokratie erzogen worden. Das ist ein grundlegender Unterschied, der nie außer acht gelassen werden sollte. Ebenso wie man die prinzipiellen Differenzen sehen muß, kann man auch die aktuellen Divergenzen nicht abstreiten.

Aber nur in der Periode der Entspannung können diese Divergenzen zum Ausdruck kommen - in der Literatur und Kunst, in den "kleinen" Dingen des Alltags, und auch, wie wir nach Helsinki gesehen haben, mit einigen Echos auf politischem Gebiet. Wir haben in der Zeit der Entspannung gemerkt, daß ein Prozeß der Liberalisierung in Entwicklung begriffen war. Der politische Dissens, so bezeichnend für das "Tauwetter" unter Chruschtschow, wäre unter Stalin unmöglich gewesen. Man denke nur an diese ungeheure Bewegung des russischen Denkens, der Literatur, an Solschenizyn und andere russische Intellektuelle jener Epoche.

## Ist die Entspannung begraben?

Nur in den Vereinigten Staaten. Wegen der Propaganda der gegenwärtigen Regierung und wegen der Zerstörung des Klimas der Entspannung durch die sowjetische Intervention in Afghanistan. Die Entspannung war ein Prozeß von ungeheuren Konsequenzen für Europa. Als österreichischer Regierungschef über dreizehn Jahre lang kann ich versichern, daß keiner unserer wirtschaftlichen und politischen Erfolge jener Zeit ohne die Entspannung möglich gewesen wäre. Hätte der Kalte Krieg weitergedauert, dann wären Kapital und Industrie aus unseren Ländern geflohen, wir hätten nie jene Prosperität erreicht, die heute in den Straßen Wiens, Helsinkis, Kopenhagens, Stockholms, Berlins so offensichtlich ist.

Ich erinnere mich noch an meinen Besuch bei Präsident Kennedy in den sechziger Jahren: Die ganze Zeit unserer Unterredung hindurch wurden wir von Telefonanrufen im Zusammenhang mit der Lage in Berlin unterbrochen. Vergleichen wir das mit der Ruhe, die nun seit Jahren um Berlin herrscht - und wir werden besser den Unterschied ermessen können, den Europa der Entspannung verdankt.

+ + + (-/22.5.1984/ks/rs)